

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 86 (1994)
Heft: 2

Artikel: Eine neue Staatsbürgerschaft drängt sich auf
Autor: Marquis, Jean François
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-355464>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Politische
Rechte

Eine neue Staatsbürgerschaft drängt sich auf

Anfang der 90er Jahre wurden in mehreren Kantonen Initiativen für die politischen Rechte der Immigranten lanciert. Diese Bemühungen sind verstärkt fortzusetzen.

Am Tag vor dem ersten Mai 1994 vor dem Büro der Arbeitslosen in Lausanne: mehrere Personen sammeln Unterschriften für zwei Initiativen, die im Kanton Waadt von der Bewegung «solidaritéS» ins Leben gerufen wurden. Diese Initiativen fordern, dass alle Arbeitslosen gemäss Gesetz das Recht auf Wiederaufnahme der Arbeit für wenigstens sechs Monate haben und dass eine Art Mindesteinkommen eingeführt werden soll.

Das Anliegen wird sehr positiv aufgenommen:

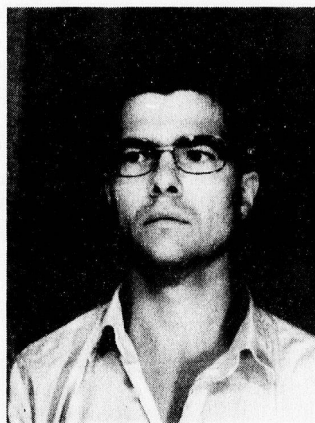
In einer Woche hat die Hälfte der in Lausanne stimmberechtigten Arbeitslosen unterzeichnet.

Aber jedes zweite Mal stockt das Gespräch, wenn unterschrieben werden soll. Die angesprochene Person, die den Vorschlag befürwortet, kann nicht unterzeichnen. Sie besitzt keinen roten Pass mit einem weissen Kreuz. In der Stadt Lausanne haben 47 Prozent der zirka 6200 arbeitslosen Männer und Frauen keinen Schweizer Pass.

Die Frage der politischen Rechte der Immigranten/innen in der Schweiz ist zentral mit jenen Problemen verbunden, mit denen die anderen Arbeitnehmer in diesem Land konfrontiert werden. Sie ist nur eine Facette des grundlegenden Kampfes gegen die aktuelle Arbeitgeberoffensive, die Solidarität zwischen Arbeiterinnen und Arbeitern wiederherzustellen. Solidarität, die auf der Beteiligung eines jeden und einer jeden an der kollektiven Verteidigung ihrer Rechte basiert. Solidarität, die sich nicht durch Katzbuckeln verstärken lässt und es auch nicht hin nimmt, dass ein Viertel der Arbeitnehmer/innen um ihre politischen Rechte betrogen werden, auch um das Recht der freien Rede.

Erste Welle

Seit Anfang der Neunziger Jahre wurden in sieben Kantonen Initiativen für die politischen Rechte von Immigranten/innen



Von Jean François Marquis,
Mitglied der Bewegung
solidaritéS*

ins Leben gerufen. In drei Kantonen hat die Abstimmung bereits stattgefunden: in Genf, Waadt und Zürich. In Basel wird sie im Juni 1994 stattfinden, in Bern im Herbst. In Freiburg und im Aargau stehen die Termine noch nicht fest. Gleichzeitig ist die Auseinandersetzung in Neuenburg wieder aufgegriffen worden: Das auf kommunaler Ebene existierende Wahlrecht soll auf die kantonale ausgedehnt werden. Im Jura wird das passive Wahlrecht der Immigranten/innen auf kom-

munaler Ebene diskutiert.

Eine erste Bilanz ist schon jetzt möglich:

- Diese erste Welle der Initiativen hat es möglich gemacht, die Frage nach den politischen Rechten der Immigranten/innen im grossen Rahmen zu stellen. Selbst wenn diese Forderung von den politischen Autoritäten und den rechten Parteien abgeschmettert wird, hat sie doch eine neue Legiti-

Inhaltliche Mässigung führt nicht zum Erfolg.

mität erreicht. So haben etwa die Autoritäten in Genf und Bern mit Gegenprojekten reagiert. Das Nein aus Prinzip ist schwieriger zu vertreten, es versteckt sich hinter opportunistischen Argumenten.

Diese Entwicklung in einem Teil der öffentlichen Meinung ist ein verspäteter und abgeschwächter Reflex der sozialen Integration der in der Schweiz lebenden Immigranten/innen. Sie konnte paradoxerweise von den Verantwortlichen der Gewerkschaftsbewegung und der SP nicht immer vorhergesehen werden. Die einzige Initiative, der es nicht gelungen war, die notwendige Anzahl der Unterschriften zu erzielen, dieje-

nige im Tessin, scheiterte am fehlenden Engagement der SP. In mehreren Kantonen haben Gewerkschaften in diesen wichtigen Kampagnen durch Abwesenheit gegläntzt.

- Die bisherigen Ergebnisse der Abstimmungen sind sich, im Moment, erstaunlich ähnlich. Im September 1993 konnte in der Waadt die Initiative «Alle Bürger, alle Bürgerinnen» 26,5% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen. Im Juni 1993 erzielte eine Initiative gleichen Namens in Genf 28,7% der Stimmen. Im Dezember 1992 erreichte eine zweite Genfer Initiative, die sich für realistischer hielt, weil sie moderater war, das... gleiche Ergebnis. Im September 1993 erhielt die Initiative «Zusammen leben, zusammen wählen» in Zürich 25,5% der Stimmen.
- Diese Ergebnisse sind unabhängig von der tatsächlichen Formulierung der zur Wahl gestellten Forderung. Ob nun das aktive und das passive Wahlrecht auf kommunaler und kantonaler Ebene (wie bei «Alle Bürger, alle Bürgerinnen» in Genf und Waadt), nur das Wahlrecht («Zusammen leben, zusammen wählen» in Genf) oder auch nur die Möglichkeit gefordert wurde, dass die Gemeinden ihren ausländischen Einwohnern politische Rechte zugestehen können (wie in Zürich): Ein gutes Viertel der Wähler/innen hat Ja gesagt.

So ergibt sich für die taktische Debatte ein erstes Ergebnis: Die Wähler und Wählerinnen kümmern sich zuerst um das Prinzip. Von einem minimalistischen Ansatz auszugehen, ist nutzlos und alles andere als produktiv, weil so die Kampagne demobilisiert wird und das Ergebnis der Abstimmung dann noch weiter demoralisiert.

Diejenigen, die glauben, dass eine umfangreiche Mässigung eine der rechten Parteien zu einem Mitmachen bewegt, haben keinen Erfolg gehabt. In den drei Kantonen, in denen die Abstimmungen bereits stattgefunden haben, haben sich die FDP, LDP, SVP und CVP gegen die Initiativen ausgesprochen.

In Genf haben die bürgerlichen Parteien sogar das Gegenprojekt des Staatsrates und des Grossen Rates

gekenntert. Dieses verlangte das passive Wahlrecht für die ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen für die Arbeitsgerichte.

- Eine Analyse der Ergebnisse nach geografischen Gesichtspunkten sagt gleiches aus. In Genf wie in Zürich oder in der Waadt haben die – vorzugsweise links wählenden – Arbeiter das gute Ergebnis der Initiativen garantiert. Die schlechtesten Ergebnisse fanden sich in den Stadtteilen und Gemeinden, die traditionell rechts wählen.

Das Argument, dass es gerade die Arbeiter sind, die den Rechten der Immigranten/innen am ablehnendsten gegenüberstehen, ist also praktisch hinfällig. Dadurch wird noch einmal die Verantwortung der Gewerkschaften und der Linken insgesamt hervorgehoben, sich für diese Forderung einzusetzen und sie voranzubringen.

- Verstehen wir uns recht: Die erzielten Ergebnisse – 25 bis 29% Ja-Stimmen – bestätigen, dass der Kampf sich noch lange hinziehen wird. Aber das erstaunt uns nicht: Welche Zeit brauchte es denn, um das Frauenstimmrecht durchzusetzen! Wie dem auch sei, man misst den Weg, den man zurückgelegt hat, indem man die Ergebnisse vergleicht, z. B. mit denen der Mitenand-Initiative (16%), deren Ziel – die Abschaffung des Saisonnierstatuts – viel zu bescheiden war.

Für eine neue Staatsbürgerschaft

Die Krise, wenigstens 250 000 arbeitslose Männer und Frauen (berücksichtigt man auch die Ausgesteuerten), eine Politik, die von den Arbeitgebern und der Rechten bestimmt wird, die die grundlegenden sozialen Rechte zerschlagen möchte: in diesem neuen Zusammenhang muss der Kampf um die politischen Rechte der Immigranten/innen seinen vollen Umfang erreichen, wenn er eine Zukunft haben soll. Diese Forderung ist einer der Bestandteile des allgemeinen Kampfes um eine neue Staatsbürgerschaft, die die kollektiven und individuellen Rechte all derjenigen definiert, die

in der Schweiz und in Europa leben. Wenn die Medien, als zuverlässige Interpreten der Autoritäten und des Mittelstandes, Tag für Tag damit drohen, dass die Diktatur eines vorgeschobenen «Marktgesetzes» unausweichlich ist; wenn die Entscheidung eines einzelnen Unternehmers, gerechtfertigt durch seinen Status als Eigentümer, ausreicht, um Hunderte von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen auf die Strasse zu setzen und eine ganze Region langsam abzutöten – man denke nur an Monteforno –; wenn selbst eine Entscheidung des Volkes – die Gleichheit zwischen Männern und Frauen – seit 13 Jahren verspottet wird, weil sie dem Gesetz des Arbeitsmarktes grundlegend widerspricht; – dann müssen die demokratischen Rechte radikal überdacht und erweitert werden, damit sie nicht ihre Substanz verlieren.

Die Aufhebung der vorhandenen Spal-

Die Frage der politischen Rechte der Immigranten/innen ist nur eine Facette des Kampfes gegen die aktuelle Arbeitgeberoffensive.

tung zwischen politischer Staatsbürgerschaft und der Inexistenz einer abgesicherten sozialen und wirtschaftlichen Stellung ist ein entscheidender Schritt in diese Richtung. Die Forderung nach den politischen Rechten der Immigranten/innen ist in diesen sozialen und politischen Kampf eingebettet, der zum gemeinsamen Erbe der Arbeitnehmer/innen dieses Landes wird. Es handelt sich nicht nur um eine Forderung einiger weniger Betroffener. Daher muss eine zweite Welle von Initiativen ins Leben gerufen werden, diesmal mit zehnfacher Kraft.

* Der Verfasser dieses Beitrags ist Koautor der SGB-Broschüre «Einwanderer – eine Minderheit ohne politische Rechte?». Die 1990 publizierte, 52 Seiten starke Broschüre kann zum Preis von 6.– beim SGB, Pf. 64, 3000 Bern 23, bestellt werden.